

## **EP-FR-01** C – Was Frieden schützt

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 11.09.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

### **Antragstext**

- 1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat  
gezeigt:
- 2 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit.  
Sie
- 3 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das  
Friedensprojekt
- 4 Europäische Union herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen  
Freund\*innen haben wir
- 5 diese Herausforderung angenommen – und halten stand.
- 6 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt  
immer
- 7 autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage. Chinas  
8 Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften vor bedeutende  
9 Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und  
Gesellschaften
- 10 derweil zu Recht faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an  
Verhandlungstischen ein.
- 11 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam mit  
den Folgen
- 12 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr  
deutlich:
- 13 Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen, um Europa  
in der
- 14 Welt sicherer zu machen.
- 15 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es in  
der Lage
- 16 ist, auch international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat  
17 bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das  
gibt
- 18 Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt  
und
- 19 mit einer Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten,  
unsere
- 20 Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft  
und Frieden
- 21 zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa  
bietet
- 22 weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein  
23 dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

24 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale  
25 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel  
26 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie  
Russland im  
27 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger\*innen handeln, um ihre  
imperialen  
28 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und  
selbstbewusstes  
29 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein  
Europa,  
30 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine  
31 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene  
32 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des  
33 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv  
34 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft behauptete  
35 Widerspruch ist keiner.

36 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem  
wertegeleiteten und  
37 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind  
die  
38 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter  
gestalten  
39 wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des  
Rechts  
40 wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

41 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler  
42 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den Frieden  
zu  
43 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss  
aktiv um  
44 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den  
45 Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit fördern.

46 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das  
macht es  
47 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind  
nachweislich  
48 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und  
49 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger,  
wenn  
50 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen  
in  
51 der Außenpolitik umfassend vertreten sind.

52 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die  
53 Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben  
durch  
54 ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz  
eigenen

55 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem  
56 Weg zu  
57 klimaneutralem Wohlstand partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die  
58 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und  
59 damit die  
60 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen  
61 werden,  
62 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei muss  
63 die EU  
64 auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den  
65 nötigen  
66 Investitionen für eine klimagerechte Entwicklung leisten.

67 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu  
68 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir  
69 unsere  
70 Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben militärische Maßnahmen für  
71 uns  
72 Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die  
73 menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt rückt – und auf Vorbeugung und zivile  
74 Bearbeitung  
75 von Krisen und Konflikten setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der  
76 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken  
77 Sicherheit von  
78 jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik  
79 stehen.

80 Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten Sicherheitspolitik ist Teil  
81 des  
82 europäischen Versprechens.

83 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und Hoffnung  
84 gibt.

85 Das Streben vieler Ukrainer\*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der  
86 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt  
87 beantwortet  
88 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt  
89 über  
90 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des  
91 ukrainischen  
92 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der unermesslichen  
93 Leistung,  
94 die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die europäischen Werte erbringt.

95 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die  
96 eigenen  
97 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An  
98 diesem  
99 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

## 82 **1. Eine europäische Außenpolitik**

### 83 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

84 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren  
kann.  
85 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27  
86 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im  
Rat ein,  
87 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt.  
Um das  
88 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen  
Verträge  
89 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

90 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen  
die  
91 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und  
92 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen  
93 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir stärken.  
Um eine  
94 gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen, braucht es einen echten  
europäischen  
95 diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische Diplomatische Akademie  
fest  
96 verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik unter Diplomaten\*innen aus den  
97 Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie Visafragen,  
98 Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

### 99 **Das Klima global schützen**

100 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die  
101 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht.  
Sie  
102 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und Wasser.

103 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische  
104 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Wir stehen  
für eine  
105 EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes knüpft,  
Partnerländer  
106 beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme und Energieversorgung  
sowie bei  
107 der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der  
größten  
108 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der  
Vereinbarung im  
109 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-  
Dollar  
110 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und  
im  
111 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens

eingesetzt  
112 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die  
113 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit  
mehreren Ländern  
114 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte  
Energiewende.  
115 Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung eines Loss-  
and-  
116 Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten  
Gemeinschaften  
117 finanziell angemessen unterstützen soll.

118 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg aus  
fossilen  
119 Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein verbindliches globales Ziel für  
den  
120 Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür  
braucht es  
121 zusätzliche Mittel zur ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die  
Europäische  
122 Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker  
partnerschaftlich an  
123 der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

124 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen  
Kommission,  
125 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale  
126 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimacub kann dabei eine  
zentrale  
127 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu  
128 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum  
129 voranzutreiben. Mit der geplanten Strategie für Klimaaußenpolitik kann die  
Bundesregierung  
130 Deutschland zum Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

131 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme  
132 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von  
Kunming-  
133 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement mit  
den am  
134 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz  
von  
135 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische  
136 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

### 137 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

138 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen  
139 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der  
140 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das  
chinesische  
141 Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-Strategie

wollen wir zu  
142 einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländern eine Alternative zur  
143 chinesischen Politik anbietet, die durch starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.  
144 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren  
145 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz der  
146 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von grüner  
Energie  
147 in unserer Nachbarschaft fördern.

148 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit  
substanziellen  
149 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen  
150 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms  
weltweit und  
151 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen  
Sondergesandten  
152 dafür einrichten. Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen  
und  
153 alle Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den  
Partnerländern  
154 nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei  
die  
155 Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser  
156 Klimaabkommens. Zudem muss die EU-Kommission die Kohärenz und eine größere  
Transparenz bei  
157 der Auswahl der strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und  
Evaluierung  
158 sicherstellen.

### 159 **Internationale Organisationen stärken**

160 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall  
des  
161 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale Staatengemeinschaft  
in  
162 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine  
überragende  
163 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und  
ihre  
164 Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen  
Organisationen  
165 wie dem UN-System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein  
koordiniertes  
166 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu  
gehört eine  
167 Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen  
168 gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen.

169 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits  
begonnen hat,

170 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen, um  
171 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen  
reagieren  
172 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die  
173 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die  
EU muss  
174 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.  
175 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der Besetzung  
von  
176 Posten in internationalen Organisationen etwa bei der International Standardization  
177 Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

## 178 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

179 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von  
180 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste  
niedergeschlagen. Wir  
181 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,  
182 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger\*innen. Wir  
wollen die  
183 Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und  
Institutionen,  
184 beispielsweise Sonderberichterstatter\*innen und den Europäischen Demokratiefonds,  
finanziell  
185 stabilisieren und zugänglicher machen.  
186 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit  
und  
187 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der  
Globalen  
188 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von  
gezielten  
189 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere  
190 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt sind.  
191 Menschenrechts-Verteidiger\*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,  
unserer  
192 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von  
193 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine  
194 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen,  
etwa  
195 Verteidiger\*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind.  
Gefährdeten  
196 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und  
197 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die  
198 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger\*innen stark machen.  
Dazu gehört  
199 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale  
200 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen  
201 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen

Resettlement-  
202 Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-  
203 Verteidiger\*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu  
204 erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

## 205 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

206 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und  
207 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte.  
208 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und  
Krieg, aber  
209 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von  
ihnen  
210 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der  
UN-  
211 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre  
Teilhabe  
212 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen  
213 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein,  
die  
214 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten  
Gruppen in  
215 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller  
Formen  
216 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen  
der EU  
217 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind  
218 Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

219 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen der EU  
220 deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und Mädchen bei  
allen  
221 internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für Gender  
und  
222 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

223 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf  
gegen  
224 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur  
Istanbul-  
225 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer.  
Auch  
226 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die  
Diskriminierung und  
227 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ\*-Personen.

228 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer  
229 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet. Sie muss ihr  
selbst  
230 gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme  
auch zur  
231 Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur

Förderung

232 von Frauen bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und  
233 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-  
Aktionsplan  
234 für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

## 235 **2. Eine europäische Sicherheitspolitik**

### 236 **Europa gemeinsam verteidigen**

237 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen  
238 geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen  
239 können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und der kollektiven  
Reaktionsfähigkeit  
240 liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und Interoperabilität  
unserer  
241 Streitkräfte.

242 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten,  
desto  
243 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische  
Verteidigungsfähigkeit  
244 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der  
245 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO  
sind  
246 dafür maßgebend.

247 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit einer  
starken  
248 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte,  
zum  
249 Beispiel innerhalb von permanenten EU-Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind  
gemeinsame  
250 Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen notwendig. Wir wollen die  
gemeinsame  
251 EU-Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum  
Beispiel  
252 bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

253 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und  
254 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und  
personell.  
255 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein,  
einer  
256 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am Leitbild der menschlichen  
Sicherheit  
257 orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen  
Parlament  
258 begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen die Unterstützung der  
Ukraine

259 im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für  
260 Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst  
werden,  
261 dass die Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.  
262 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu  
263 Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern in großem Maßstab.  
Unser Ziel  
264 ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern.  
Dafür bedarf  
265 es finanzieller Anreize und Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die  
266 industriepolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer  
267 Sicherheit zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher  
nicht  
268 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden  
269 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen  
Beschaffung  
270 (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil und die  
271 parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.  
272 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres Finanzinstrument  
273 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten  
militärischen  
274 Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung bis hin zu Instandhaltung  
und  
275 Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger und abgestimmter  
Kontrolle des  
276 Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente stehen.  
277 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission  
Standardisierung,  
278 Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame Einsatzfähigkeit von  
279 Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten muss die Komplementarität  
mit  
280 Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO gesichert bleiben.

## 281 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

282 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen  
Waffensystemen schafft  
283 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie auch den Druck, die  
Waffensysteme an  
284 Drittstaaten zu exportieren, und ist somit auch ein Beitrag für eine gemeinsame  
285 wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es  
einheitliche  
286 und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des  
287 gemeinsamen Standpunkts der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen,  
die  
288 Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer  
gemeinsamen  
289 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen

und vor dem  
290 Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten geben.  
Vorangehende  
291 Risikoanalysen sowie verbindliche und physische Endverbleibskontrollen müssen dabei  
292 vorgeschrieben werden. Europäische Waffen dürfen nicht weiter in die Hände von  
Regimen  
293 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der  
Aggression  
294 nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an  
repressive  
295 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.  
296 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in  
297 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen  
298 fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von  
Kernwaffen  
299 (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum schrittweisen Beitritt zum  
300 Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu Vision Global Zero ermutigen. Das  
Ziel  
301 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen  
Bemühungen um  
302 eine Regulierung von autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen  
Einsatz von  
303 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben  
und Tod  
304 trifft.

### 305 **Konflikten vorbeugen**

306 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die  
Konflikte  
307 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für  
friedensfördernde  
308 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche  
309 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und  
Förderrichtlinien in  
310 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN  
und der  
311 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von  
312 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.  
313 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr  
314 finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei oder das  
315 Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen  
316 Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten vorbeugen. Eine  
Neuausrichtung  
317 der zivilen GSVP-Missionen auf Migrationsmanagement lehnen wir ab.  
318 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur  
319 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende  
staatliche  
320 Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid

erzeugen  
321 und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.  
322 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe  
wollen  
323 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie  
324 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für  
humanitäre  
325 Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren.  
326 Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten,  
stärker  
327 auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten  
Gruppen zu  
328 achten.

### 329 **3. Globale Gerechtigkeit**

#### 330 **Verlässliche Partnerin sein**

331 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die  
Menschen, die  
332 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen.  
Damit  
333 stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern  
als  
334 Autokratien. Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige  
Abhängigkeiten zu  
335 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine  
336 gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen, dass die EU aktiv  
den  
337 Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den  
begonnenen Weg eines  
338 koordinierten Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen  
Partnerschaften  
339 intensiviert. Dafür stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe  
340 unserer  
kolonialen Vergangenheit gerecht werden.  
341 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von  
342 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen  
wir die  
343 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog  
mit unseren  
344 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure  
in  
345 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die  
346 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass  
347 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des  
Globalen

348 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert  
werden.

349 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die  
350 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das  
351 gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für  
352 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die  
Quantität  
353 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und  
354 unbürokratisch umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen vor allem den  
bedürftigsten Ländern  
355 zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser  
356 Klimaabkommens beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die  
soziale  
357 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer  
Sicherungssysteme als  
358 nachhaltiges Instrument gegen Armut.

359 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im  
entwicklungspolitischen  
360 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der in  
361 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende  
Koordinierung,  
362 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu  
erhöhen,  
363 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen  
Transparenzmechanismus für  
364 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament  
wollen wir  
365 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

### 366 **Ernährung global sichern**

367 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle  
368 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein  
369 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur  
Umsetzung des  
370 Rechts auf Nahrung beitragen.

371 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen  
Märkten ist  
372 das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen politische Krisen und  
die  
373 Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der europäischen  
Entwicklungszusammenarbeit  
374 sollen verstärkt wirtschaftlich tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit  
375 möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen,  
376 patentiertes Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und  
Märkte  
377 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten

schaffen.

378 Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr unter Druck. Wir wollen den  
Auf- und  
379 Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die biologische  
380 Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere  
381 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem  
in  
382 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden,  
die in  
383 der EU verboten sind, wollen wir beenden.

384 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern muss  
dabei  
385 im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von Ernährungssystemen  
umgesetzt werden,  
386 inklusive Zugang zu Technologien, Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

### 387 **Globale Verantwortung annehmen**

388 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und  
ehemaligen  
389 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in  
390 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die  
Mitgliedstaaten  
391 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den  
Verbrechen der  
392 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür  
braucht es  
393 eine antirassistische Perspektive.

394 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen  
bei den  
395 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und  
Umweltschutzabkommen wollen  
396 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser  
achten. Die  
397 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern  
und  
398 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen  
kontinuierlich  
399 evaluieren und weiterentwickeln.

400 Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre  
401 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv  
einschränkt. Die  
402 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und  
403 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu muss auch ein bei den  
UN  
404 angesiedeltes, transparentes und unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren  
für Staaten  
405 unter Einbezug von privaten Gläubiger\*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass  
europäische  
406 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was

die  
407 finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter  
einschränkt.

## 408 **4. Fairer Handel**

### 409 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

410 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann  
Wohlstand mehren.  
411 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche  
Säule  
412 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken  
413 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen Handel  
ab. Es  
414 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss  
so  
415 zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit  
416 Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte  
417 beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem  
418 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.  
419 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass  
wir  
420 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine  
421 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft, liefert  
422 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei  
unterstützen,  
423 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

### 424 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

425 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der  
426 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle  
427 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie  
dieser  
428 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Klima-  
und  
429 Umweltschutz, Zugang zu Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine  
faire  
430 Entwicklung in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.  
431 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch  
432 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen  
daher  
433 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien,  
Indien,  
434 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN,  
die sich  
435 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen.

436 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle  
zukünftigen  
437 internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Im Falle  
eklatanter  
438 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser  
Klimaabkommen, sollte  
439 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen  
aussetzen. Das  
440 kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein  
Vorbild  
441 für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

442 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des  
geistigen Eigentums  
443 (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen  
Technologien und  
444 wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden  
unterstützen, um die  
445 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

446 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem  
sie die  
447 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in  
ihren  
448 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen,  
geistige  
449 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies  
erfordert  
450 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen  
Datenbestimmungen,  
451 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler  
Binnenmarkt.  
452

453 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor  
Beginn der  
454 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam  
mit dem Rat  
455 der EU bestimmen.

456 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen  
457 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den  
fairen  
458 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten  
Staaten einen  
459 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer  
460 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich  
haben wir  
461 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon  
viele  
462 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-  
463 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von  
Handelspartnern wehren  
464 kann.

---

## 465 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

466 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken  
467 Kreislaufwirtschaft  
468 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu  
469 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl  
entstehen  
470 können.

470 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um  
eine  
471 faire CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem  
zu ergänzen  
472 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl  
oder Zement  
473 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren  
474 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer  
Industrie,  
475 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer  
Konkurrenz  
476 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

477 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche  
478 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies  
479 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-  
Investitionsverträge. Der  
480 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem  
481 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg.  
Wir  
482 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem  
Energiechartavertrag.

483 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel,  
die  
484 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

## 485 **Auf faire Partnerschaften setzen**

486 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten  
Handelspolitik  
487 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die Gesetze zur  
Regulierung der  
488 europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen. Damit  
489 übernimmt die EU Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping  
490 zurückzudrängen.

491 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen  
492 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen  
angesehen  
493 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und  
Gemeinschaften  
494 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

495 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter\*innen auf der Welt. Produkte aus  
dieser  
496 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-  
Importverbot  
497 für Produkte aus Zwangsarbeit, welches gerade verhandelt wird, muss daher  
konsequent  
498 umgesetzt werden.

499 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir fair  
gestalten.  
500 Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und  
des  
501 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels  
502 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries, die  
es  
503 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu  
504 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu  
ermöglichen.

## 505 **5. Mehr EU in Europa**

### 506 **Erweiterungsperspektiven**

507 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen  
Interesse.  
508 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es  
509 unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu unterstützen. Klare Kriterien für  
den  
510 Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der  
511 Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie  
ihre  
512 Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

513 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der  
EU,  
514 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis communautaire*,  
515 vollumfänglich übernehmen.

516 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den  
langwierigen  
517 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des  
europäischen  
518 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den  
519 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess  
mit  
520 sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen,  
zum  
521 Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein  
Stillstand der

522 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im  
Umkehrschluss zu  
523 einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess muss auf dem Kampf  
gegen  
524 Korruption und Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-  
525 Antikorruptionsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die  
526 Beitrittskandidaten und die von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

527 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten, ihre  
528 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU  
ist uns  
529 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch  
jenseits  
530 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter\*innen der Beitrittsländer sollen an  
531 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

### 532 **Westbalkanstaaten**

533 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,  
534 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

535 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen  
536 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses  
Beitrittsversprechen  
537 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und  
538 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die  
539 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

540 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter  
541 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender  
Aufarbeitung  
542 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im  
Beitrittsprozess  
543 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser  
fördern,  
544 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine  
545 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den  
Westbalkan  
546 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und  
547 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

### 548 **Ukraine**

549 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU. Millionen  
550 Ukrainer\*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg  
mutig  
551 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu  
unterwerfen und  
552 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu  
zerstören.

553 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen und  
554 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine  
555 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale  
556 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der  
Ukraine,  
557 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung  
und  
558 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten,  
zuverlässigen  
559 Sicherheitsgarantien.

560 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide  
Seiten  
561 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf  
562 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive  
Rolle  
563 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene.

564 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der  
Ukraine  
565 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch  
566 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle  
567 Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen die russischen Angriffe zu stärken.

568 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische  
569 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des  
Verbrechens des  
570 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über  
die  
571 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine  
entscheiden und  
572 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des  
Wiederaufbaus der  
573 Ukraine schaffen.

574 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass  
die EU  
575 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als  
Zeichen  
576 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch,  
den  
577 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen  
Meeres  
578 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt  
zur  
579 globalen Ernährungssicherung bei.

## 580 **Georgien und Moldau**

581 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel  
von  
582 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit  
Beginn

583 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen  
entschlossen  
584 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und  
585 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die  
dafür  
586 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit  
2020  
587 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent  
unterstützen.

## 588 **Europäische Nachbarschaft**

589 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit  
590 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

591 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung  
von  
592 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir  
intensivieren.

593 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren  
594 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-  
Mitgliedschaft  
595 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im  
596 ausgeprägten europäischen Interesse.

597 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran  
arbeiten,  
598 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche  
und  
599 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen  
600 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-  
Forschungsprogramm  
601 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung  
602 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel  
bei den  
603 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

604 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen  
Angriffskrieg  
605 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie  
kann in  
606 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

## 607 **Türkei**

608 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine  
langjährige  
609 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und  
610 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische  
Türkei, in  
611 der die Rechte aller ihrer Bürger\*innen geachtet werden, einen festen Platz in der  
612 europäischen Familie hat.

613 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich  
in  
614 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten  
entfernt.  
615 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv  
gegen  
616 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts  
oder die  
617 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine  
schwierige  
618 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.  
619 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber hinaus  
620 engagiert.

621 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin für die  
NATO,  
622 für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE  
Außenpolitik.  
623 Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt erst dann  
wieder  
624 geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
einschlägt.

625 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und  
möglich  
626 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des  
Klimawandels. Der  
627 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU,  
gegen  
628 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd\*innen und andere  
629 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger\*innen im eigenen Land wenden,  
treten wir  
630 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen  
Gefangenen aus  
631 der Haft entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte  
Folge  
632 leisten.

633 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk\*innen, die sich für Demokratie  
und  
634 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische  
Zivilgesellschaft,  
635 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

## 636 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

### 637 **Die östliche Nachbarschaft der EU**

638 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren  
Kontinent.  
639 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen

640 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es  
zielgerichtete  
641 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die  
642 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig  
müssen  
643 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische  
644 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders  
unterstützen.

645 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den  
Protesten  
646 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für  
Demokratie und  
647 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und mit  
648 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die  
Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen  
649 Regimes und  
650 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

651 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die  
Unterstützung des  
652 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und  
653 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen  
werden. Wir  
654 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von  
Beweismaterial  
655 unterstützt.

656 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und  
657 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen.  
Armeniens Weg  
658 für mehr politische Teilhabe und persönliche Freiheiten wurde durch russischen Druck  
und den  
659 Krieg um Bergkarabach massiv erschwert. Wir begrüßen daher die EU-  
Beobachtungsmission in  
660 Bergkarabach als wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan  
und  
661 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und  
dadurch  
662 zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

663 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.  
Sicherheit  
664 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt,  
Lüge,  
665 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde  
mundtot  
666 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer  
Gefangenschaft.  
667 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir  
668 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches  
669 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das

670 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische  
671 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter\*innen. Wirtschafts- und  
672 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

673 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den  
russischen  
674 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht und  
muss  
675 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

## 676 **Transatlantische Beziehungen**

677 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer\*innen zugleich eine so  
tiefe  
678 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA  
haben nach  
679 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen  
Einigung auf  
680 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.  
681 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere  
682 europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine  
haben  
683 die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa  
zu  
684 verteidigen und die politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die  
685 derzeitige US-Administration ist ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die  
686 klimagerechte Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der  
liberalen  
687 Demokratie.  
688 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,  
Russland und  
689 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale  
690 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und  
ausbauen.  
691 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen  
Umbau  
692 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien  
entwickeln  
693 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.  
694 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und handlungsbereite  
Partner  
695 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen,  
um  
696 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln.  
697 Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament,  
auf dem  
698 die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden entgegenzutreten.

699 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig  
700 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die  
701 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den  
Ausbau von  
702 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und  
Wissenschaft.  
703 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren –  
durch eine  
704 Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.  
705 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein  
geeignetes  
706 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Einer  
Vertiefung  
707 der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen wir offen gegenüber, wenn die  
soziale  
708 und ökologische Standardsetzung dabei dem Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

## 709 **China**

710 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale. Durch  
711 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die Partnerschaft  
jedoch  
712 zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt über die politische Entwicklung in  
China. Sie  
713 trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei.  
Im  
714 Innern handelt die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt  
sie  
715 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen  
globalen  
716 Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit Russland. Deswegen  
setzen wir  
717 uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie  
für  
718 einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere transatlantische  
Kordinierung  
719 des Verhältnisses zu China ein.  
720 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel  
bei  
721 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische  
Wirtschaft  
722 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,  
723 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es  
724 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen,  
die  
725 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine  
Absage.

726 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt.  
Das  
727 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch  
gibt es  
728 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische Markt  
für  
729 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden Handlungsspielraum  
besser  
730 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten  
chinesischer  
731 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz  
732 Kritischer Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und  
in  
733 der gesamten EU gewährleistet werden.

734 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU  
sowie  
735 einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich sensibler Technologien.  
Mit  
736 gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser gegen wirtschaftliche  
Erpressungsversuche  
737 verteidigen und eine abschreckende Wirkung erzielen.

738 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur\*innen in  
der Provinz  
739 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter\*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter\*innen  
der  
740 Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen beendet werden. Der Schutz  
der  
741 Menschenrechte ist Grundlage europäischer Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China  
dürfen  
742 keinen Zugang zum europäischen Markt bekommen.

743 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an, dass das  
744 Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks der  
745 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir betrachten Taiwan als  
demokratischen  
746 Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen  
Austausch zu intensivieren.

748 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der  
Entwicklungsländer, der  
749 Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz- und  
750 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China  
zusammenarbeiten. Dies  
751 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den  
Schutz  
752 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen  
753 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen  
für  
754 Kooperation.

---

**755 Naher Osten und Nordafrika**

756 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar  
für die  
757 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend  
unerfüllt, und  
758 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region  
verfestigt. Wir  
759 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die  
760 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach  
einem  
761 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der  
europäischen  
762 Nahostpolitik stehen.

763 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der  
Zusammenarbeit von  
764 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um  
Strukturen  
765 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

766 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin sein  
für  
767 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit  
und  
768 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und  
769 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine  
besondere  
770 Verantwortung.

771 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in  
der  
772 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im  
Verhältnis zu  
773 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die  
selbst  
774 Fluchtgründe schaffen.

775 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes  
mit  
776 gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und  
Sicherheit  
777 braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen,  
lebensfähigen und  
778 demokratischen Staates Palästina.

779 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische  
Prinzipien  
780 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass  
die  
781 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und  
erweitert. Die  
782 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden.

Zudem

783 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen  
und  
784 politisch verfolgte Iraner\*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg  
als  
785 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich  
geschlossen  
786 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen  
halten.

787 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen  
788 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um  
Deeskalation in der  
789 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum  
Beispiel  
790 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

791 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug westlicher  
Truppen  
792 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor  
allem die  
793 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen  
die  
794 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU  
795 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei

796 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger\*innen sind  
aufgrund  
797 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres  
798 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten Schutz  
und die  
799 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger\*innen.

## 800 **Afrika**

801 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden.  
Wir  
802 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in  
ihren  
803 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor  
Ort zu  
804 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen  
Kontinent in  
805 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten. Dabei

806 begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

807 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften, die  
dazu  
808 beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen.  
Wir  
809 wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit

810 verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort  
und ihrer  
811 Nachbarschaft zur Verfügung stehen müssen.

812 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein  
Schritt in

813 Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente und trägt als  
attraktives

814 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der  
Abhängigkeit

815 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen

816 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden

817 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

818 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für  
819 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen Strukturen  
820 geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der Zivilgesellschaft und  
821 demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau beitragen. Eine besondere  
Rolle

822 kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.

823 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht  
gekennzeichnet.

824 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den  
Folgen der

825 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde.  
Im

826 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen wir Beziehungen gestalten, die von  
Respekt

827 und Gleichberechtigung getragen werden.

## 828 **Indopazifik**

829 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum  
verschoben. Hier

830 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

831 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,  
832 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten  
intensivieren.

833 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und  
834 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die

835 Menschenrechte stärken. Auch die tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im

836 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter

837 ausbauen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022  
mit

838 Japan als erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

839 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz

840 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben. Wir  
wollen

841 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels  
konkret und

842 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit  
den  
843 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der  
Region,  
844 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.  
845 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. Wir  
846 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso wie  
die  
847 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung für  
die  
848 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit  
bei  
849 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich  
an klaren  
850 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge  
betrachten  
851 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen  
die  
852 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte  
853 in Grenzregionen ein.

#### 854 **Lateinamerika**

855 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch  
unsere  
856 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei  
der  
857 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der  
EU  
858 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)  
ermöglichen  
859 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.  
860 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter Druck, wie  
861 beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in Brasilien gezeigt hat.  
862 Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie gegen autokratische  
Tendenzen und  
863 Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft  
essenziell.  
864 Wir wollen Aktivist\*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von  
LGBTIQ\*,  
865 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive  
866 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.  
867 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika.  
Die  
868 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine  
Intensivierung  
869 von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der Kooperation für

nachhaltige  
870 Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen  
871 Bevölkerung muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

872 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um  
seine  
873 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-Initiative der EU  
874 kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften können nur dann  
erfolgreich  
875 sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein substanzieller Teil der Wertschöpfung  
in  
876 Lateinamerika verbleibt. Wir werden das Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn  
von Seiten  
877 der Partnerländer umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare  
878 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart werden.  
879 Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit einer  
gleichwertigen  
880 Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes geben. Dadurch stellen  
wir sicher,  
881 dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika intensiviert und gleichzeitig  
Menschenrechte  
882 garantiert und das Weltklima geschützt werden.